

# WEGWARTE

Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

**Erfolg des überparteilichen Volksbegehrens /  
von den Massenmedien lückenlos totgeschwiegen:**

## **Erste große Bresche in die Phalanx der EU-Hörigen im Parlament gelungen: Historischer ANTRAG auf VOLKSBEFRAGUNG zum EU-AUSTRITT von 47 Abgeordneten unterstützt!**

Mit diesem Ergebnis des Volksbegehrens im Plenum des Parlaments am 27. Jänner 2016 hat wohl niemand gerechnet. Der Schock über diesen ersten großen Schritt, den EU-Austritt auf die Tagesordnung der offiziellen Politik zu bringen, war so groß, daß buchstäblich so gut wie alle Massenmedien **lückenlos** eine Berichterstattung darüber verweigerten! Österreichs Bürger sollen ja nicht erfahren können, daß seit langem wieder mal wirklich „was weitergegangen“ ist und eine Initiative „von unten“ aufgegriffen wurde - den **261.056** Unterschreibern des Volksbegehrens sei Dank!

Der Antrag auf Volksbefragung wurde von der **FPÖ-Fraktion** eingebracht und somit mußte darüber auch **abgestimmt** werden. Auf Seite 3 dieser WEGWARTE finden Sie den gesamten Text dieses „Entschließungsantrags“, der in folgender Schlußfolgerung gipfelt:

**„Der Nationalrat wolle beschließen: Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat gemäß Art. 49b B-VG einen Antrag be-**



*Mag. Markus Lechner, Helmut Schramm und Inge Rauscher vertreten das Volksbegehren im Verfassungsausschuß des Parlaments.*

**treffend die Abhaltung einer Volksbefragung über den Austritt Österreichs aus der EU zur Beschlußfassung vorzulegen.“**

**Dafür** stimmte die gesamte FPÖ-Fraktion, die gesamte Fraktion des „**Team Stronach**“ und die drei dzt. klubfreien Abgeordneten. SPÖ/ÖVP/Grüne/NEOS stimmten geschlossen **dagegen**. Dadurch fand der Antrag (noch) keine Mehrheit, dennoch ist er ein **Meilenstein für die Zukunft!**

Auch wenn das Ergebnis einer Volksbefragung für die Regierung formal nicht bindend ist, kann **realpolitisch** keine Partei daran vorbeigehen! Deshalb sprachen sich alle Mitglieder des überparteilichen Personenkomitees sofort **für diese Volksbefragung** aus und gaben dies auch in einer APA-OTS-Presseaussendung noch während der Debatte darüber im Nationalrat öffentlich bekannt. Dann trat bei den Medien die Schockstarre ein: um Gottes willen, das darf niemand erfahren!

Am bezeichnendsten war wohl die offizielle Berichterstattung der „Parlamentskorrespondenz“ über dieses denkwürdige Ereignis, die ihre Presseaussendung darüber mit der Überschrift **„EU besteht Feuerprobe im Parlament“** versah. Deutlicher konnten sie

Österreichische Post AG / Sponsoring Post  
Benachrichtigungspostamt 3424 Zeiselmauer

wohl kaum ausdrücken, daß sie sich als verlängerter Arm der EU sehen und die Bürger, die für die Wiedererlangung eines souveränen Österreichs mit demokratischen Mitteln kämpfen, als ihre Feinde betrachten. Aber diese Fehlleistung ändert nichts an der weitreichenden Bedeutung dieser **völlig neuen Lage in bezug auf den EU-Austritt in Österreich**. Wenn die dzt. gemäß allen Meinungsumfragen stärkste Partei des Landes eine Volksbefragung darüber im dafür zuständigen Parlament verlangt und diesem Antrag, über den abgestimmt werden mußte, auch eine weitere Parlamentsfraktion und drei klubfreie Abgeordnete zustimmen, kann diese Volksbefragung schneller Wirklichkeit werden als sich heute so manche Pessimisten vorstellen können. Eine **andere Regierungskonstellation** als heute könnte die Basis dafür sein (Neuwahlen im Herbst?).

Aber der Reihe nach. Die sogenannten Beratungen zum EU-Austritt im **Verfassungsausschuß** waren bis zuletzt eine Farce, für die der sozialistische Obmann dieses Ausschusses, Dr. Peter Wittmann, die Hauptverantwortung trägt. ÖVP, Parlaments-„Grüne“ und NEOS ließen sich vor diesen Karren spannen. Während für das sogenannte Bildungs-Volksbegehren des langjährigen sozialistischen Parteifunktionärs Hannes Androsch, der längst (wie viele Sozialisten) zum Großindustriellen wurde, **sieben halbe Tage** Ausschußsitzungen anberaumt wurden, gab es für das EU-Austritts-Volksbegehren nur **insgesamt 3,5 Stunden** in zwei Ausschußsitzungen. Wir mußten auch bei der zweiten Ausschußsitzung am 26. Jänner um jede Minute Redezeit für nur zwei der von uns angebotenen fünf Experten

kämpfen. In einer solchen Atmosphäre kann man nicht von einer echten inhaltlichen Beratung sprechen. Noch dazu, wo die **Plenarsitzung** aller 183 Nationalratsabgeordneten zum Volksbegehren auf nur **einen** Tag nach dieser zweiten Ausschußsitzung angesetzt wurde, was wir übrigens nur durch „Zufall“ überhaupt erfuhren. Wie sollen Expertenaussagen quasi **über Nacht** noch Einfluß auf ein Abstimmungsverhalten in einer so weitreichenden Frage wie dem künftigen Schicksal Österreichs als EU-Kolonie oder selbständiger Staat haben?

Deshalb wurde in der Woche **vor** der Ausschußsitzung vom 26.1. und der Plenarsitzung vom 27.1. von mehreren idealistischen Mitarbeitern in mehrtägiger Tages- und Nachtarbeit ein umfangreiches, mit vielen Daten und Fakten versehenes **DOSSIER** für alle 183 stimmberechtigten Nationalratsabgeordneten zusammengestellt, kopiert, in vielen Klarsichthüllen und in einer übersichtlichen Mappe samt Inhaltsverzeichnis aufbereitet. Diese inkl. dreier Broschüren zum Thema über 200 Seiten umfassende **Dokumentation** für den Austritt aus der EU wurde allen NR-Abgeordneten durch persönliche Übergaben in deren Klubräumen zugeleitet. Darin befanden sich auch die für die Ausschußsitzung vom 26.1.2016 vorbereiteten Experten-Stellungnahmen von **Prof. Wohlmeyer** und **Prof. Schachtschneider**. Das Dossier hat insgesamt fast 3.000,- Euro gekostet nur an Material- und Kopieraufwand. Aber nun haben alle 183 Abgeordneten eine fundierte Unterlage in der Hand zum EU-Austritt, die weiterwirken kann.

*Inge Rauscher, Obfrau der Initiative Heimat & Umwelt*

[www.eu-austritts-volksbegehren.at](http://www.eu-austritts-volksbegehren.at)

„Klagemauer.tv“, „Alles Roger“, „Zeit-Fragen“

• Diese Alternativmedien berichteten mehrfach ausführlich und korrekt über das Volksbegehren und das - vorläufige - Ergebnis im Parlament.  
• Es ist wichtig, daß es solche positiven Ausnahmen unter den ansonsten fast ausschließlich den Herrschenden dienenden Medien gibt, damit man noch irgendwo sehen bzw. lesen kann, wie wirklich informative Berichterstattung aussehen kann. Wir wünschen diesen Ausnahmemedien, die man natürlich auch im Internet finden kann, weiterhin viel Erfolg und steigende Abonnenntenzahlen bzw. Seher!



**Ein kleiner Teil der durch Monate hindurch täglich anfallenden Info-Post fürs Volksbegehren. Privatleben ging da keines mehr....**

**Damit es nicht vergessen wird!**

Das Ergebnis des Volksbegehrens wurde nur möglich durch das behördlich erzwungene, **zweimalige (!)** Erarbeiten der rund zehntausend für die Genehmigung des Volksbegehrens erforderlichen Unterstützungserklärungen (ohne jegliche mediale Aufrufe dafür!) und sehr viel **unbezahlter Eigenleistung** von um die tausend Interessenten quer durch Österreich, die Info-Blätter und Aufkleber in großem Ausmaß sowie Plakate (in geringerem Ausmaß) in der „heißen Phase“ vor der Eintragungswoche bei uns bestellten und verteilten. Dieser durch viele Monate hindurch anhaltende „Ansturm“ an Bestellungen sowie der umfangreiche, damit verbundene Telefon- und Mail-Dienst im ersten Halbjahr 2015 mußte durch wenige Familien und Einzelkämpfer im Dauerstress bewältigt werden. Auf dem Foto ist nur ein kleiner Teil der **täglich** zu erledigenden Postberge zu sehen; möge es einen gewissen Eindruck davon vermitteln, wie Wohnungen zu Verpackungswerkstätten und Lagern umfunktioniert wurden. **DANKE** allen, die diese schwere Zeit physisch und psychisch durchgestanden haben!

# Original-Wortlaut des von 47 Abgeordneten unterstützten FPÖ-Antrags im Nationalrat:

## Entschließungsantrag

der Abgeordneten KO Strache, Mag. Stefan und weiterer Abgeordneter an den Bundeskanzler betreffend die Abhaltung einer Volksbefragung.

eingebraucht im Zuge der Debatte über den Bericht des Verfassungsausschusses über das Volksbegehren (781 d.B.) „EU-AUSTRITTS-VOLKSBEGEHREN“ (997 d.B.), Top 1, in der 111. Nationalratssitzung, am 27.01.2016.

Ziel der Unterzeichner des EU-Austritts-Volksbegehrens ist eine Volksabstimmung über einen Austritt Österreichs aus der Europäischen Union. So gut wie alle Versprechungen vor dem EU-Beitritt vor 20 Jahren seien gebrochen worden, argumentieren die Initiatoren. Statt eines Aufschwungs sei es in den letzten Jahren zu einer enormen Abwärtsentwicklung Österreichs gekommen. Verwiesen wird unter anderem auf die steigende Arbeitslosigkeit, die steigende Staatsverschuldung und einen Verlust der Kaufkraft der breiten Masse.

Auch andere von ihnen geortete Entwicklungen wie Verschlechterungen im Umweltbereich, einen Abbau von Sozialleistungen und das zunehmende „Bauernsterben“ führt die Initiative auf den EU-Beitritt Österreichs zurück. Zudem machen die Initiatoren geltend, daß die EU von vielen Bürgern als „lähmendes, zentralistisches Bevormundungsinstrument mit immer diktatorischeren Zügen“ empfunden werde. Kleine selbstständige Staaten würden ihrer Meinung nach viel bessere Chancen auf eine naturverträgliche, nachhaltige Wirtschafts- und Lebensweise bieten. Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union sei angesichts der Mitgliedsbeiträge auch ein jährliches Verlustgeschäft und darüber hinaus mit der Neutralität Österreichs unvereinbar, heißt es in der Begründung.

Rechtlich wäre ein EU-Austritt Österreichs aus Sicht der Initiatoren des Volksbegehrens kein Problem. Sie verweisen auf den Artikel 50 des EU-Vertrags, der für sie ein freies Kündigungsrecht darstellt, das mit keinen weiteren Zahlungsverpflichtungen verbunden ist. Insgesamt könnte durch den Austritt Ös-

terreichs aus der EU weiterer Schaden abgewendet werden, sind sie überzeugt. Das Volksbegehren wurde von 261.056 Österreicher bzw. 4,12% der Wahlberechtigten unterstützt. Die prozentuell höchste Zustimmung gab es in Niederösterreich (5,18%), die niedrigste in Vorarlberg (1,67%). Der Verfassungsausschuß muß dem Nationalrat bis spätestens 7. Februar 2016 über das Ergebnis seiner Beratungen über das Volksbegehren berichten.

Immer mehr Umfragen legen den Unmut und die Unzufriedenheit der Österreicher über die EU offen.

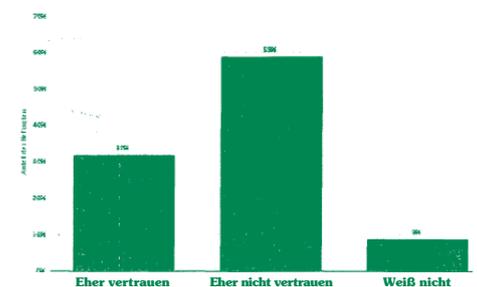
*Österreich (OE24) 25. Juli 2015 „Die Stimmung in Sachen EU ist auf Tiefpunkt, 46 % können sich EU-Austritt vorstellen. Das IMAS-Institut hat 1.004 Österreicherinnen und Österreicher mehrere Meinungen zur Bewertung vorgelegt. Und bei dieser Frageart kommt eine knappe Mehrheit für einen EU-Austritt heraus: Der Aussage „Österreich soll wieder aus der EU austreten“ stimmen 21 % „voll und ganz“ zu, 25 % immerhin „teilweise“ - macht zusammen 46 %. 21 % können sich einen EU-Austritt „gar nicht“ vorstellen, 23 % „eher nicht“-macht nur 44 %. (.. )“*

**Umfrage 2016 Statistica**  
(Das Statistik-Portal. Statistiken und Studien aus über 18.000 Quellen)  
<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/285293/umfrage/umfrage-n-oesterreich-zum-vertrauen-in-die-europaeische-union-eu/>

### „Wie sehr vertrauen Sie der Europäischen Union?“

*Diese Statistik zeigt das Ergebnis einer Umfrage in Österreich zum Vertrauen in die Europäische Uni-*

*on (EU). Im Frühjahr 2015 gaben rund 59 Prozent der Befragten an, der Europäischen Union eher nicht zu vertrauen.“*



Der steigende Vertrauensverlust gegenüber der EU findet seinen Nährboden in der Handlungsunfähigkeit bezüglich der Völkerwanderung, die Europa überrollt und den sozialen Frieden in Europa massiv ins Wanken bringt, in der Zerstörung des Feinkostladens Europa durch TTIP und CETA, in der Handlungssohnmacht im Bereich Arbeitslosigkeit, insbesondere im Bereich der Jugend, usw ..

Es ist daher unerlässlich, daß als erster Schritt in Richtung Volksabstimmung eine Volksbefragung über den Austritt Österreichs aus der EU abgehalten wird.

Vor diesem Hintergrund stellen unterfertigte Abgeordnete folgenden **Entschließungsantrag**

Der Nationalrat wolle beschließen: „Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat gemäß Art. 49b B-VG einen Antrag betreffend die Abhaltung einer Volksbefragung über den Austritt Österreichs aus der EU zur Beschlußfassung vorzulegen.“

# „Der Großteil hat kein Recht auf Asyl“

Interview mit Prof. Michael Geistlinger

Die Politik habe die Genfer Flüchtlingskonvention nicht verstanden, sagt Michael Geistlinger in einem in der „**Kleinen Zeitung**“ vom 29.1.2016 veröffentlichten Interview. Darin kritisiert der Salzburger **Völkerrechtsprofessor** das Warten auf die EU und hält Hotspots an Außengrenzen für unrealistisch. Nachstehend der ungekürzte Wortlaut dieses Interviews.

**Seit Beginn der Flüchtlingskrise ist die „Genfer Flüchtlingskonvention“ in aller Politiker Munde. Sie schreibe vor, daß wir Flüchtlinge aufnehmen müssen, sie ist ultimativer Richtwert. Haben die Politiker die Konvention verstanden?**

**GEISTLINGER:** Ehrlich gesagt habe ich das Gefühl, daß es hier große Unkenntnis gibt, die sich an der Wortwahl der Politiker zeigt. Die Konvention, auf der auch das österreichische Asylrecht aufbaut, unterscheidet ganz klar zwischen einem Flüchtling, der Anspruch auf Anerkennung hat, und einem Vertriebenen, der wegen eines gewaltsamen Konflikts sein Land verlassen hat.

**Was unterscheidet diese beiden Fälle?**

**GEISTLINGER:** Stellen Sie sich eine Landgemeinde mit 2.500 Menschen vor. 2.400 leben unter dem Regime, beklagen sich über verschlechterte Zustände, aber sie werden nicht direkt vom Regime behelligt. Und dann gibt es einen Lehrer, der öffentlich Kritik übt. Der wird von der Polizei aufgesucht, im schlimmsten Fall sogar gefoltert. Dieser eine Lehrer ist laut Genfer Flüchtlingskonvention ein Flüchtling. Er wird persönlich verfolgt. Alle anderen, die vor den Zuständen flüchten, sind Vertriebene. Und die haben kein Recht auf eine Anerkennung als Flüchtling.

**Somit wäre die überwiegende Mehrheit aller Flüchtlinge im Land eigentlich Vertriebene. Dennoch bekommen allein bei den Syrern 95 Prozent einen positiven Asylbescheid. Verteilen wir wahllos Asylrecht?**

**GEISTLINGER:** Das ist, laut Gen-

fer Flüchtlingskonvention, jedenfalls keine gerechtfertigte Vorgangsweise. Laut Asylgesetz kann Österreich aus humanitären Gründen bestimmten Personen in Not helfen, die keine Flüchtlinge sind. Wie das sozial und wirtschaftlich gelingt, kann das Land selbst festlegen. Doch dazu ist man laut Konvention nicht verpflichtet.

**Aber einen eigenen Aufenthaltstitel für diese Gruppe gibt es nicht.**

**GEISTLINGER:** Er könnte aber jederzeit in einer Verordnung festgeschrieben werden. Das hätte die Regierung schon machen müssen, als klar wurde, daß die Menschen von der Türkei zu uns kommen. Ein Status für Vertriebene kann in der Verordnung weitgehend frei definiert werden, es gibt viel rechtlichen Spielraum. Es gibt aber eine Vorgabe: Durch die Verordnung muß der Aufenthalt der Personen rechtmäßig sein.

**Von einem neuen Status ist aktuell nicht die Rede, dafür wurde „Asyl auf Zeit“ beschlossen.**

**GEISTLINGER:** Die Genfer Flüchtlingskonvention schafft, entgegen dem Eindruck vieler, ohnehin kein ewiges Recht auf Asyl. Der Schutz war also schon vor dem Beschluß zeitlich begrenzt. Bei vielen wird der Status aber nie aberkannt, weil sie in der Zwischenzeit Staatsbürger geworden sind. Durch Unklarheiten wie diese entstand ein verwirrendes Szenario, das aber noch immer aufgelöst werden kann.

**Hätte man sich da nicht früher informieren können?**

**GEISTLINGER:** Man hat sich auf Deutschland verlassen und über die eigene Verpflichtung, die ankommenden Personen zu kontrollieren, hinweggesehen. Ungarn wurde damals heftig kritisiert. Doch man muß sagen, daß sie als Einzige erkannt haben, daß der Großteil dieser Menschen kein Recht auf Asyl hat. Und somit haben sie die Lage rechtlich korrekt eingeschätzt.

**Wie stehen sie zur Obergrenze?**

**GEISTLINGER:** Die Festlegung einer bestimmten Zahl kann keine Lö-

sung sein. Eine Lösung muß die Türkei involvieren. Wir müssen fragen: Was braucht ihr, damit ihr die Leute überprüfen und die Grenze sichern könnt? Natürlich bringt das Kosten mit sich, doch diese werden weit niedriger sein als jene für Integration, Verpflegung und für eine spätere Rückführung.

**Mit „wir“ meinen Sie die Europäische Union?**

**GEISTLINGER:** Es ist immer schön zu sagen, daß die Dinge nicht funktionieren, weil eine Einigung auf EU-Ebene fehlt. Wir sind immer noch ein eigenes Land mit eigenem Außenministerium, das geschickt verhandeln kann oder können sollte.

**Alleingänge einzelner Länder werden in der EU nicht gern gesehen.**

**GEISTLINGER:** Ich sehe hier keinen Alleingang. Wir setzen die Genfer Konvention um, versuchen aber auch, den sozialen Frieden im Land aufrechtzuerhalten. Das bedeutet nur, daß man das Heft in die Hand nimmt und nicht einfach nur Trittbrettfahrer ist.

**Dennoch wird eine europäische Lösung diskutiert: Hotspots an den EU-Außengrenzen.**

**GEISTLINGER:** Das würde bedeuten, daß wir die gesamten EU-Küsten sichern müßten. Sonst würde sich die Route einfach verlagern. Das halte ich für eine nur schwer zu erreichende und vor allem teure Lösung.

**In der Zwischenzeit will man in Österreich möglichst früh mit der Integration beginnen. Halten Sie das für den richtigen Weg?**

**GEISTLINGER:** Solche Integrationsmaßnahmen sind laut Konvention nur für jene vorgesehen, die auch wirklich Flüchtlinge sind. Alles andere liegt im Ermessen des Staates. Es ist auch aus menschenrechtlicher Sicht nicht fair, Vertriebene zu integrieren und Versprechungen zu machen, die man mit zeitlich begrenztem Aufenthaltsrecht nicht halten kann. Weit wichtiger wäre es, die Leute darauf vorzubereiten, Syrien wieder aufzubauen.

## Wie soll das gehen?

**GEISTLINGER:** Sehen Sie sich das große Lager in Jordanien an. Dort gibt es ein „Mini-Syrien“, wo die Dinge so laufen, wie sie in Syrien waren. Doch Jordanien hat nicht genug Geld, um solche Strukturen in Gang halten zu können. Dabei wäre das der ideale Zugang. Man verliert keine Zeit, die Kinder bekommen weiterhin eine Ausbildung. Und wenn der Tag kommt, an dem es in Syrien wieder Frieden gibt, können die Menschen über Nacht in ihre Heimat zurückkehren. Österreich könnte mit Jordanien verhandeln, daß ein solches Lager von uns finanziert wird. Das würde unser Land deutlich weniger kosten und den Betroffenen auch viel mehr bringen.

**VERFASSUNGSBESCHWERDE GEGEN DIE POLITIK DER MASSENEINWANDERUNG IN DEUTSCHLAND von Prof. Schachtschneider u.a. am 1.2.2016 an das Bundesverfassungsgericht in**

## Karlsruhe zur Post gebracht.

„Darin beantrage ich, daß die Bundesregierung, namentlich der Bundeskanzler, verpflichtet werden, die Grenzen wirksam gegen die illegale Einreise von Ausländern zu sichern und den illegalen Aufenthalt der Ausländer unverzüglich zu beenden. Weiter beantrage ich, den Bundeskanzler, Frau Dr. Angela Merkel, und ihren Stellvertreter, den Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel, ihrer Ämter zu entheben und zunächst zu suspendieren. Die Anträge stütze ich auf das Recht auf Demokratie, das jedem Bürger Deutschlands auf Grund des Art. 38 Absatz 1 Grundgesetz als Grundrecht zusteht. Dieses Grundrecht umfaßt auch das Recht auf Wahrung der Verfassungsidentität, zu der gehört, daß Deutschland deutsch bleibt und nicht durch illegale Verwaltungsmaßnahmen zu einem Einwanderungsland umgewandelt wird.“

Näheres dazu unter <http://www.pour-erika.de/politik/verfassungsbeschwerde-gegen-die-masseneinwanderung.html>

## Zur mitgeschickten DVD „EU-Austritt im Parlament und Vortrag Prof. Schachtschneider“:

Wir haben für Sie **die** Redner im Verfassungsausschuß vom 26. Jänner und im Plenum vom 27. Jänner, die **für** die Zielsetzungen des Volksbegehrens sprachen, und zwar sowohl Abgeordnete als auch Bevollmächtigte des Volksbegehrens, in Bild und Ton live festgehalten, damit Sie sich selbst ein unverfälschtes Bild über deren offizielle Aussagen machen können. Die Redner von SPÖ/ÖVP/Grünen/NEOS, die **gegen** die Volksbefragung zum EU-Austritt sprachen, sind keiner näheren Betrachtung wert. Ihre „Argumente“ hören, lesen und sehen wir ohnehin täglich in fast allen (EU-hörigen) Massenmedien. Außerdem haben wir den jüngsten Vortrag von Prof. Schachtschneider, dem wohl aktivsten Verfechter von Freiheit, Recht und nationaler Souveränität im deutschen Sprachraum, ebenfalls für Sie live und ungekürzt aufgenommen. Diese, aus zahlreichen Teilen bestehende Produktion war technisch sehr aufwendig; sie umfaßt insgesamt **über drei Stunden** authentische „Politik“ betreffend einer für das Überleben Österreichs als freier, unabhängiger und neutraler Staat zentralen Weichenstellung. Diese DVD sollten möglichst viele Mitbürger sehen können, bitte tragen auch Sie zur Weiterverbreitung bei!

Sie haben diese DVD natürlich nicht bestellt und sind damit auch zu keiner Zahlung dafür verpflichtet. Wir bitten Sie aber, den erbetenen Kostenbeitrag dafür von € 12,30 **freiwillig** - siehe Zahlschein - zu leisten, damit es uns auch in Zukunft möglich ist, wichtige Ereignisse, die von den gelenkten Medien verschwiegen werden, auf diese Weise zu verbreiten.

Aus Kostengründen konnten wir **nicht allen Empfängern** dieser WEGWARTE die DVD mitschicken. Bei Interesse schreiben Sie bitte am Zahlschein den Vermerk „Bestellung“ dazu, dann erfolgt die Zusendung so rasch wie möglich.

## Bisher 40.000 Unterschriften für Bürgerinitiative „Stop der Zerstörung des Bundesheeres“.

Danke allen WEGWARTE-Lesern, die dafür Unterschriften geleistet und im Bekanntenkreis gesammelt haben! Die Zielsetzungen dieser wichtigen Bürgerinitiative werden weiterverfolgt, gerade angesichts der für jedermann ersichtlichen Änderung des „Bedrohungsbildes“ für Österreich, das auch zu einer **wesentlichen Änderung der Beurteilung der Sicherheitslage Österreichs** geführt hat: Illegale Massenimmigration, dadurch zunehmende Präsenz von IS-nahen Gruppierungen (Terroristen) auch in Österreich.

Diese veränderte Sicherheitslage hat bisher im politischen Ressort „Landesverteidigung“ noch zu keiner wesentlichen Verbesserung der Budget- und Ausrüstungslage des Bundesheeres geführt. Außerdem hat sich die Einhaltung der verfassungsrechtlichen Vorgaben des Systems des Milizheeres und der (verfassungs-)rechtlichen Vorgaben hinsichtlich der immerwährenden NEUTRALITÄT Österreichs durch die Bundesregierung **keinesfalls in positiver Richtung verändert**. Lassen wir in unserem Bemühen, die Sicherheit Österreichs zu fördern und zu unterstützen, nicht nach!

Digitale, stets erreichbare Informationen betreffend die Aktivitäten der „**Plattform Wehrpflicht - Wehrhaftes Österreich**“ sind abrufbar unter [www.wehrhaftes-oesterreich.at](http://www.wehrhaftes-oesterreich.at). Die neue Heimseite und der Facebook-Auftritt hatten binnen kurzem rund 100.000 Aufrufe, ebenso das Video auf youtube mit Verbreitung in ganz Europa (Übersetzung wurde auch auf Englisch und Russisch verfügbar gemacht) - siehe [https://www.youtube.com/watch?v=h4c0E7\\_orGO](https://www.youtube.com/watch?v=h4c0E7_orGO)

**Mag. Markus Lechner,**  
Oberst a.D., Salzburg

# Die USA proben ihre TTIP-Macht schon an VW

von Prof. Dr. Eberhard Hamer, Hannover

Was die Amerikaner und ihre Weltkonzerne **«Freihandelsabkommen» (TTIP)** nennen, hat der ehemalige Vizepräsident Cheney mit der NATO verglichen, es soll Europa der amerikanischen Wirtschaftsvormacht und ihren Interessen unterstellen. Dies hat eine innere und eine äußere Zielrichtung:

- Schon lange betreibt die Juncker-Clique in Brüssel den Abbau der Nationalstaaten in Europa und die Entmachtung ihrer Parlamente, um dadurch **Zentralherrschaft für die EU-Kommission** zu gewinnen. Deshalb verhandelt das Politbüro in Brüssel auch geheim nur mit den Amerikanern, unter Ausschluß der Nationalstaaten und sogar geheim vor diesen. Das steht zwar im Gegensatz zur Subsidiaritäts- und Souveränitätsklausel der EU; die Zentralisierung ist aber Hauptprogramm von Juncker und wurde auch in der Finanzkrise (von der Wettbewerbsüber die Haftungs- und Schulden- bis zur Finanzunion) und jetzt **in Polen** bei der Intervention der EU gegen die Entmachtung von US-Agenten im polnischen Staatsrundfunk gezeigt. Brüssel duldet weder abweichende Meinungen von Regierungen oder Parlamenten noch Beschränkungen des US-Einflusses in Europa durch diese.

- Nach außen hin soll durch TTIP für die amerikanische Wirtschaft (wie die NATO) ein **Wirtschaftskrieg gegen Rußland** geschlossen werden (Sanktionen, Ölkrieg, Währungskrieg). Nach der Brzezinski-Doktrin können die USA ihre Weltmacht nur behaupten, wenn sie Europa im Griff behalten, Europa wiederum könne man nur im Griff halten, wenn man die Zentralmacht Deutschland beherrsche. Dies gilt nicht nur politisch (Atlantiker), sondern auch wirtschaftlich (Mehrheit der DAX-Firmen in US-Hand) und müsse nun mit Hilfe von TTIP gegen Rußland zu einem gemeinsamen euro-atlantischen Wirtschaftsraum verschweißt werden.

Die wirtschaftspolitische und wirtschaftsrechtliche Machtergrei-

fung über Europa mit Hilfe von TTIP wird begleitet von Angriffen auf Wirtschaftsbastionen vor allem in Deutschland, die **noch nicht** in amerikanischer Hand sind. Dies gilt zurzeit für VW.

Zweimal hat **General Motors** versucht, «die fette VW» mit Hilfe unlimitierter FED-Kredite zu übernehmen. Beim ersten Mal ist ihnen die Familie Porsche zugekommen, beim zweiten Mal scheiterten sie mit ihrer Klage gegen das Niedersachsen-Recht bei VW (Veto-Recht). Nun versuchen sie zum dritten Mal durch von ihnen beauftragte Behörden und Anwälte in den USA, VW zur Ader zu lassen, billig zu machen, um dann VW billig aufkaufen zu können.

Würde VW dies umgekehrt versuchen, würde die US-Regierung sofort mit dem Nationalvorbehalt (sicherheitsrelevant) eingreifen. Der Skandal um VW liegt jetzt darin, daß die deutsche Regierung sich nicht hinter VW stellt, daß sie sich offenbar mehr der US-Macht als den **100.000 Beschäftigten von VW** verpflichtet fühlt.

Lassen wir die Amerikaner zugunsten der beiden amerikanischen Konkurrenten Ford und Opel (General Motors) VW vernichten, verliert Deutschland nicht nur national, sondern international einen seiner Leuchttürme. Nun wird uns klar, was die Amerikaner mit Hilfe eines **durch TTIP geschaffenen amerikanischen Rechts in Deutschland** gegen unsere anderen Großunternehmen und Know-how-Monopolisten unternehmen werden.

Und so wundert es nicht, daß eine Regierung, die zur Zerschlagung von VW schweigt, auch die übrige Machtübernahme der US-Konzerne über die deutsche Wirtschaft (TTIP) duldet oder sogar mitbetreibt. Ein **Vernichtungskampf**, wie ihn jetzt die Amerikaner gegen VW führen, wäre umgekehrt in Amerika für Deutsche nicht möglich und würde vor allem auch von keiner US-Regierung

und keinem Kongreß geduldet. Daran zeigt sich wiederum, was ein **Vertrag zwischen einem Mächtigen (USA) und einem Ohnmächtigen (EU)** wert ist, wenn ihn eine Weltmacht mit von ihr gesteuerten Funktionären (EU-Kommission) abschließt und wenn wiederum die Arbeitgeberverbandsfunktionäre gegen die Masse ihrer mittelständischen Unternehmen Konzerninteressen vertreten.

Was die wirtschaftliche Machtergreifung der USA über Europa dem US-Präsidenten wert ist, zeigt der Reiseplan Obamas, zur Hannover-Messe zu kommen, um «Politik und Wirtschaft zugunsten von TTIP auf Vordermann zu bringen».

---

Entnommen den „**Zeit-Fragen**“ vom 16.2.2016, der Schweizer Wochenzeitschrift „für freie Meinungsbildung, Ethik und Verantwortung“ ([www.zeit-fragen.ch](http://www.zeit-fragen.ch)).

---

RA Prof. Dr. rer. pol. **Eberhard Hamer** war Professor für Wirtschafts- und Finanzpolitik in Bielefeld bis 1995. 1975 Gründer und seitdem Präsident des **Mittelstandsinstituts Niedersachsen** in Hannover. Begründer der neuen Mittelstandsökonomie der personalen Wirtschaft und der Inhaberbetriebe. Dazu mehr als 30 Bücher (u.a. „der Weltgeldbetrug“) und ca. 1.000 Aufsätze. Professor für Mittelstandsökonomie in Xian/China, auch selbst Unternehmer einer Anwaltspraxis und eines Forstbetriebes. Gründer und Präsident der Deutschen Mittelstandsstiftung.

Von wegen Freihandel  
- heute wie damals:

*Tyrannen sind in  
unseren Tagen die  
gefährlichsten  
Freiheitsprediger.*

Ludwig Börne, 1786-1837

## Zur Bundespräsidentenwahl

Jede Wahl soll eine freiwillige Entscheidung jedes Einzelnen sein. Niemand hat das Recht, den Bürgern vorzuschreiben, wen sie „zu wählen haben“. Diese Form der Wahlpropaganda ist abzulehnen, egal von wem sie mit mehr oder weniger Geld betrieben wird - ob es nun um die „Großen“ in diesem Machtspiel geht oder um die „Kleinen“. Es ist traurig, daß auch die Betreiber der Kandidatur von Mag. Robert Marschall die Bürger bevormunden wollen. Die Aussage in den jüngsten NFÖ-Mitteilungen, daß „die EU-Gegner Robert Marschall zu wählen haben“, ist überheblich zum Quadrat und massiv undemokratisch.

Ähnliches trifft auch auf die offensichtliche Wählertäuschung durch den Kandidaten **Prof. Alexander van der Bellen** zu. Obwohl er ein parteipolitisch „grünes“ Urgestein ist und sein Wahlkampf mit Millionen Euro von dieser Partei unterstützt wird, bezeichnet er sich als „überparteilich“ - ein klarer Mißbrauch dieses Begriffes. Über viele Jahre hinweg ist uns keine einzige nennenswerte Leistung des „grünen“ Professors für den Umweltschutz in Österreich bekannt geworden!

Und auch die weitere „überparteiliche“ Kandidatin **Irmgard Griess** ist kritisch zu hinterfragen. Für sie ist die Neutralität Österreichs ein „Auslaufmodell“ und am wichtigsten war ihr von Anfang an, daß sich genügend potente Spender für ihre Kandidatur melden würden, was von den Massenmedien auch entsprechend beworben wurde - warum wohl? Sie hat dadurch auch viele Millionen an Euro von solchen „potenten Spendern“ lukrieren können; eine wirklich „unabhängige“ Kandidatur sieht anders aus....

Mit **Mag. Marschall** haben wir beim jahrelangen Ringen um das Zustandekommen des Volksbegehrens durch viele Idealisten immer wieder **negative Erfahrungen** gemacht. Sein geradezu fanatisches Eintreten für ein Berufs- (= Söldner) Heer anstatt der allgemeinen Wehrpflicht (Volksheer) ist nur eines von vielen Beispielen dafür. Gerade bei der Bundespräsidentenwahl spielt dessen im Ernstfall wichtigste Funktion, die

des Oberbefehlshabers des Bundesheeres, eine große Rolle. Nachstehend wörtliche Aussagen dazu aus einer seiner zahlreichen Homepages <http://www.wien-konkret.at/leute/bundesheer/frauenwehrrpflicht/> (ausgedruckt vorhanden für den Fall der Löschung):

„Robert Marschall ist für die Gleichstellung von Mann und Frau durch **Abschaffung der Wehrpflicht** & Zwangsdiensten. Dann stellt sich die Frage der Frauenwehrrpflicht & Frauenzivildienstpflicht nicht mehr. Männer und Frauen sollen aber gleichberechtigt Berufssoldaten werden können, so sie geeignet sind. .... Wenn Österreich als eine der wenigen Staaten in Europa bei der Wehrrpflicht bleiben, dann kommen wir früher oder später um eine Pflicht für Frauen nicht herum. Die **Frauen-Wehrrpflicht** kann kein Tabu-Thema bleiben. Man muß vor der Befragung (*Anm.: gemeint war die Wehrrpflicht-Volksbefragung vom Jänner 2013*) klarstellen, daß wir unabhängig vom gewählten Modell der Landesverteidigung Frauen endlich auch im Gesetz als das behandeln sollen, was sie selbst sein wollen: als erwachsene Mitbürger. Mit gleichen Rechten und Pflichten.“

Wer den EU-Austritt, unsere NEUTRALITÄT und die österreichische (nicht EU-)Verfassung ernst nimmt, dem ist auch eine sinnvolle Wehrrpflicht (wie in der Schweiz) ein Anliegen, die kein Tummelplatz für den „Geschlechterkampf“ ist. Aus obigen Formulierungen geht aber auch eine **Verachtung für Frauen** und deren Bedeutung für Familie und Kinder hervor, die kein Zufall ist. Fehlt nur noch, daß zwecks „Gleichberechtigung“ in Zukunft die Männer zu verpflichten sind, Kinder auszutragen, auf die Welt zu bringen und als Mutter („Elter 2“) zu umsorgen. Folgerichtig fordert ja auch die von Marschall unterstützte **„Männerpartei“** auf ihrer Netzseite <http://www.maennerpartei.at> „eine gerechte Verteilung der Wehr- und Zivildienstpflicht auf Frauen und Männer im Rahmen von vier Monaten, denn erst gleiche Pflichten sind der wahre Vollzug von echter Gleichberechtigung.“

## Warum „WEGWARTE“?

Als Name für unseren, etwa alle zwei Monate erscheinenden Informationsdienst an viele Bürger in allen Bundesländern haben wir die Symbolblume der „Initiative Heimat & Umwelt“ gewählt. Die „Wegwarte“ ist eine zartblau blühende, sperrige, ausdauernde und anspruchslose Wildpflanze. Sie wächst vorwiegend an Straßen-, Weg- und Ackerrändern und ist fast über die ganze Welt verbreitet.

Die **„Initiative Heimat & Umwelt“ (IHU)** ist eine freie Arbeitsgemeinschaft, die keiner Partei nahe steht. Seit 25 Jahren werden unsere Aktivitäten **ausschließlich ehrenamtlich** und uneigennützig geleistet. Wir erhalten keinerlei Subventionen; die Finanzierung erfolgt durch **freiwillige Kostenbeiträge** österreichischer Bürger und durch immer wieder beträchtliche private Beiträge der engsten Mitarbeiter.

**WIR DANKEN** allen moralischen und finanziellen Unterstützern unserer Arbeit ganz herzlich und hoffen, daß es noch viele mehr werden!

**BITTE** benützen Sie den beiliegenden Erlagschein oder überweisen Sie einen Kostenbeitrag je nach Ihren persönlichen Möglichkeiten von Ihrer Bank aus. Auch in einem Kuvert mitgeschickte Barspenden erreichen uns verläßlich. Gerne würden wir die „Wegwarte“ auch an mögliche Interessenten für unsere Anliegen aus Ihrem Freundes- und Verwandtenkreis senden; bitte geben Sie uns solche Adressen bekannt. Danke im voraus für Ihre Mühe!

**Hinweis für Neu- oder Wieder-Empfänger:** Erhalten Sie die „Wegwarte“ heute zum ersten Mal oder seit längerem wieder einmal, senden Sie uns bitte einen kleinen Kostenbeitrag. Dann kommen Sie in die Versandliste für jede Ausgabe dieser unabhängigen Zeitschrift ohne Firmen- oder Parteieninserate!

Eintritt: freie Spende

Einladung zum öffentlichen  
**Informations- und Diskussionsabend**

# NATIONALRÄTE FÜR EU-AUSTRITTS-VOLKSBEFRAGUNG

Beweggründe dafür / Zukunftsausblick / Bürgerdialog

am **Donnerstag, 31. März, um 19 Uhr**

in **WIEN** im **3. Bezirk/Landstraße**

im **Festsaal des BEZIRKSAMTES** im 2. Stock

**Karl-Borromäus-Platz 3**

5 Gehminuten von der U3-Station „Rochusgasse“ hinter der Rochus-Kirche

*Es sprechen:*

als Parlamentarier:

**NR Dr. Jessi LINTL**

**NR Ing. Waltraud DIETRICH**

**NR Dr. Susanne WINTER**

**FPÖ-Klub**

**Klub "Team Stronach"**

**dzt. klubfrei \*)**

als freier Journalist:

**Mag. Klaus FAISSNER**

**Veranstalter: ÜBERPARTEILICHES PERSONENKOMITEE  
für das EU-Austritts-Volksbegehren**

**Moderation: Inge Rauscher, Bevollmächtigte**

\*) Zu diesem Termin wurden auch die anderen zwei dzt. klubfreien Abgeordneten  
**NR Schmid** und **NR Doppler**, beide aus Salzburg, eingeladen.  
Leider sind beide terminlich verhindert.

Bei der Weiterarbeit am EU-Austritt für Österreich geht es darum, möglichst viele der Abgeordneten egal welcher Fraktion und deren Basis dafür zu gewinnen. **Dann kann die VOLKSBEFRAGUNG dazu Wirklichkeit werden.** Dabei sind alle EU-Gegner gefordert, dies in ihrem jeweiligen politischen Umfeld voranzutreiben, damit es zu einer MEHRHEIT dafür im Parlament kommt.

Der EU-Austritt war und ist kein „Nischenprogramm“, das auf eine (von mehreren) Partei(en) reduziert werden kann! Es gilt, immer größere Teile der Bevölkerung aus **allen** „Lagern“ dafür zu gewinnen.

## Nur mehr 23% sehen EU-Mitgliedschaft positiv!

Das ist das Ergebnis der neuesten vor kurzem veröffentlichten Meinungsumfrage der EU-Kommission selbst, die diese als sogenanntes „Eurobarometer“ seit Jahren jedes Quartal in allen EU-Staaten durchführen läßt. Im November 2015 hatten demnach nur mehr 23% der Österreicher ein „gesamt positives Bild“ von der EU-Mitgliedschaft, 35% sahen diese weder positiv noch negativ, und 41% sahen die EU „gesamt negativ“!

Quelle: <http://docs.dpaq.de/10288-eurobarometer.pdf>

**WEGWARTE** 26. Jahrgang, Folge 2, März 2016, Zulassungsnr. "02Z033544S" Mitteilungen der

Initiative Heimat & Umwelt, Druck: H. Schmitz Kopien, 1200 Wien, Impressum: Medieninhaber/ Herausgeber/Verleger:

**Initiative Heimat & Umwelt, 3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5, Tel.: 02242/70 516, ihu@a1.net,**

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 24.02.2016, **Spendenkonto: IBAN: AT366000000007483053, BIC: OPSKATWW**